Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG ▪ Alter Postweg 36 ▪ 38518 Gifhorn

GWG
GIFHORNER
WOHNUNGSBAU-GENOSSENSCHAFT EG

Pressespiegel
vom 13. November 2026

DIE WOHNUNGSBAU GENOSSENSCHAFTEN DEUTSCHLAND

Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG
Alter Postweg 36 ▪ 38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 98 98-0
gwg@gwg-gifhorn.de

Bankverbindung
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01
BIC: PBNKDEFFXXX

Vorstand: Andreas Otto, Regine Wolters ▪ **Aufsichtsratsvorsitzender:** Tim Faß ▪ **Sitz:** Gifhorn ▪ **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

Doch keine Stromsteuer-Senkung: In der Union brodelt es

Zweimal hat der Kanzler versprochen, dass es für Verbraucher günstiger wird. Einmal ist er schon gescheitert, nun droht Merz ein weiteres Debakel.

Jan Dörner und Theresa Martus



SPD-Fraktionschef Matthias Miersch, Unionsfraktionschef Thorsten Frei und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Alexander Hoffmann (v. l.), am Mittwochabend. Carsten Koall/dpa

Berlin. Versprochen gebrochen – zum zweiten Mal? Die Union ist in Aufruhr. Es geht um die Stromkosten der Bürgerinnen und Bürger, die Glaubwürdigkeit von CDU und CSU und die Frage, ob der Kanzler wiederholt den Mund zu voll genommen hat. „Ordentlich geknallt" habe es in einer Sondersitzung der Unionsfraktion am Vorabend, berichtet der CDU-Finanzpolitiker Mathias Middelberg am Donnerstag. „Da haben gestern so ziemlich alle ihre Meinung gesagt."

In diesen Tagen führen Union und SPD die wichtigsten Finanzverhandlungen dieses Jahres. Am Donnerstag war die Bereinigungssitzung angesetzt, in der die Haushaltsexperten im Bundestag abschließend über den Bundeshaushalt des kommenden Jahres beraten. Wegen der klammen Kassenlage verhandelten Union und SPD vorab aber über mehrere Streitpunkte, die für die Koalitionspartner große politische Bedeutung haben.

Am späten Mittwochabend wird das Ergebnis bekannt: Die SPD verhinderte Kürzungen bei einer Reihe von Sozialleistungen. Die Union setzte ihrerseits nach heftiger Kritik aus der Wirtschaft durch, dass eine vereinbarte Steuer auf Plastikverpackungen nicht kommt. Aber bei CDU und CSU ist die Empörung dennoch groß: Denn die vom Kanzler angekündigte Senkung der Stromsteuer fällt aus. Für die Union ist das ein Debakel.

Um den Ärger zu verstehen, ist ein Rückblick in den Wahlkampf erforderlich. Damals hatten Friedrich Merz und seine CDU die Absenkung der Stromsteuer in einem „Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit" angekündigt. Auch im Koalitionsvertrag versprachen Union und SPD, „als Sofortmaßnahme die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß" zu senken. Ein Durchschnittshaushalt könnte dadurch etwa acht Euro weniger im Monat für Strom zahlen, das macht knapp 100 Euro im Jahr.

Merz muss dann allerdings einräumen, dass das Geld nur reicht, um die Stromsteuer für Betriebe bestimmter Wirtschaftsbereiche zu reduzieren. Viele Firmen und alle Privathaushalte gehen leer aus. Der Kanzler bricht damit sein Versprechen zum ersten Mal. In der Koalition wird das Vorgehen später als ein Fehler bewertet, der Vertrauen gekostet habe. Den Kanzler und die Regierung insgesamt.

Im vergangenen September erlebt die CDU eine Katastrophe bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, die Nervosität in der Union wächst. Um wieder in die Offensive zu kommen, beschließt die CDU-Spitze am 12. Oktober ein Papier mit dem Titel „Was jetzt passieren muss". Darin kündigt die Partei an: „Wir werden finanzielle Spielräume im Haushalt für eine Senkung der Stromsteuer für alle nutzen."



> Wir müssen uns aus einem Tief herausarbeiten, auch aus einer Vertrauenskrise.
>
> Friedrich Merz

Merz erklärt auf einer Pressekonferenz: „Wir müssen uns aus einem Tief herausarbeiten, auch aus einer Vertrauenskrise." Der Kanzler ist zuversichtlich, dass seine Regierung das Geld zur Finanzierung der Stromsteuersenkung zusammenkratzen kann. Er verweist auf eine verbesserte Wirtschaftsprognose und Spielräume im Haushalt – und überrumpelt damit seinen Vizekanzler und Finanzminister Lars Klingbeil.

Der SPD-Chef widerspricht dem Kanzler noch am selben Tag. „Wir freuen uns, dass das Wachstum zurück ist. Aber die Annahme, dass sich daraus dauerhaft eine Stromsteuersenkung finanzieren ließe, die kann ich heute nicht bestätigen."

Doch der von Merz aufs Gleis gesetzte Zug hat den Bahnhof schon verlassen. Unionspolitiker springen schnell auf: „Wir brauchen jetzt die Stromsteuersenkung für alle – und zwar möglichst schnell", erklärt etwa Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst. In einer Ministerpräsidentenkonferenz in der zweiten Oktoberhälfte stellen sich sogar alle Regierungschefs der Länder, also auch die SPD-Ministerpräsidenten, hinter das Versprechen des Kanzlers, die Stromsteuer für alle zu senken.

Das würde allerdings rund fünf Milliarden Euro allein im kommenden Jahr kosten. Eine Summe, die Klingbeil angesichts milliardenschwerer Einsparungen im Haushalt 2027 nicht einfach auftreiben kann, obwohl er die Entlastung an sich befürwortet.

Frei muss Scheitern der Steuersenkung einräumen

Vom Kanzleramt angekündigte Vorschläge zur Gegenfinanzierung seien nicht gekommen, ist aus der Koalition zu Beginn dieser Woche zu hören. Und so räumt Unionsfraktionschef Thorsten Frei zum Entsetzen der Abgeordneten von CDU und CSU am Mittwochabend ein, dass es die Stromsteuersenkung „bedauerlicherweise" nicht in den finalen Haushaltsentwurf geschafft hat.

Müsste Merz seine Ankündigung also zum zweiten Mal einkassieren, wäre der Eindruck fatal. Ein Kanzler, der den Menschen etwas verspricht, aber sich nicht daran hält. Ein Kanzler, der etwas fordert, dies aber in der Koalition und gegen die SPD nicht umsetzen kann.

Merz sei „gescheitert", urteilt Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge. „Das erneute Aus der Stromsteuersenkung ist Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht mehr zu vermitteln", kritisiert die Chefin des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (VZBV), Ramona Pop. „Erst groß angekündigt, dann einkassiert, wieder versprochen und jetzt erneut vom Tisch: Die Entlastung der privaten Haushalte ist eine reine Farce."

Der Bundestagsabgeordnete und Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Paul Ziemiak, schimpft in der Fraktionssitzung am Mittwochabend: „Wir verlieren jede Glaubwürdigkeit." Der Ärger in der Union richtet sich auch gegen die Sozialdemokraten: „Den zentralen Punkt, den wir in den Verhandlungen erreichen wollten, hat die SPD blockiert. Die Absenkung der Stromsteuer für alle bleibt damit ein leeres Versprechen der Koalition", sagt Dennis Radtke, der Vorsitzende des CDU-Sozialflügels CDA. „Das muss Lars Klingbeil nun den Bürgern erklären."

Die SPD ist jedoch zufrieden damit, was sie in den Verhandlungen vor der finalen Haushaltsrunde im Parlament erreicht hat. Die Stromsteuersenkung sei bisher nicht finanzierbar, so sehr sich die Koalition die Entlastung auch wünsche, sagt SPD-Fraktionschef Matthias Miersch. „Ich sehe nicht, dass wir das noch im Zuge der Haushaltsberatungen bis Ende der Woche auflösen."

Damit der Haushalt pünktlich zu Jahresbeginn in Kraft treten kann, müssen die finalen Bundestagsabstimmungen ohne große Verzögerung erfolgen. Die Union und Friedrich Merz hoffen aber, die Senkung der Stromsteuer doch noch durchzusetzen. Entscheidend dafür wird der kommende Dienstag. Dann kommen die Spitzenvertreter von CDU, CSU und SPD bei Merz im Kanzleramt zum Koalitionsausschuss zusammen.

Dann werde sich zeigen, „ob die Sozialdemokraten noch Politik für die arbeitende Mitte machen können – oder ob die einstige Arbeiterpartei diese Menschen aus dem Blick verloren hat", versucht Radtke, die SPD unter Druck zu setzen. Der CDU-Finanzpolitiker Middelberg sieht bis zu dem Krisentreffen am Dienstag noch Chancen, die Finanzierung der Steuersenkung auf die Beine zu stellen. „Ich sage allerdings auch ganz ehrlich, das ist ausgesprochen ambitioniert. Das wird schwierig sein."

Wolfsburger Nachrichten, 13. November 2026

Vorstand: Andreas Otto · Regine Wolters **Aufsichtsratsvorsitzender:** Tim Faß **Sitz:** Gifhorn **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

Stromsteuer bleibt Streitthema

Union und SPD einigen sich in ihren Haushaltsgesprächen in vielen anderen Bereichen

Von Tim Szent-Ivanyi



Haushaltsberatungen abgeschlossen: Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) scheint zufrieden zu sein. FOTO: KAY NIETFELD/DPA

Berlin. Die Spitzen der schwarz-roten Koalition haben sich bei ihren Haushaltsberatungen für 2027 auf eine Reihe von Steuererhöhungen und Sozialkürzungen geeinigt. Dabei gab es gegenüber früheren Plänen Änderungen.

■ **Zuckersteuer:** Die Einführung der Zuckersteuer wird um ein halbes Jahr auf den 1. Januar 2028 verschoben. Zudem wird es drei statt zwei Stufen geben: Ab fünf Gramm Zucker je 100 Milliliter sollen 25 Cent je Liter gelten, ab sieben Gramm 30 Cent und ab neun Gramm 35 Cent. Bisher war ab acht Gramm ein Höchstsatz von 32 Cent geplant. Eine Zwei-Liter-Flasche Coca-Cola (Zuckergehalt 10,6 Gramm je 100 Milliliter) würde damit um 70 Cent teurer. Die Verschiebung war eine Forderung der CSU. Sie wollte laut Landesgruppenchef Alexander Hoffmann sicherstellen, dass die Steuer eine „gesundheitspolitische Lenkungswirkung" entfaltet, indem die Getränkehersteller genügend Zeit zur Umstellung der Rezepturen bekämen. Eine dritte Stufe war ursprünglich die Idee von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD). 2028 werden Mehreinnahmen von rund einer Milliarde Euro erwartet.

■ **Andere Steuern:** Die Anhebung der Alkoholsteuer für Spirituosen um 20 Prozent tritt wie geplant im Januar 2027 in Kraft. Die Schaumweinsteuer (für Sekt) wird aber nicht angehoben. Im Gegenzug wird die Alkopopsteuer auf Mixgetränke mit einem Alkoholgehalt von bis zu 15 Volumenprozent ausgedehnt. Bisher lag die Grenze bei 9,9 Prozent. Bei der Tabaksteuer gibt es keine Änderung. Es bleibt dabei, dass Tabakprodukte schrittweise deutlich teurer werden. Eine Packung Zigaretten wird 2030 fast 12 Euro kosten – 4 Euro mehr als heute. Die erste Stufe tritt 2027 in Kraft. Eine Plastiksteuer kommt auf Wunsch der Union nun doch nicht. Damit entfallen eingeplante Mehreinnahmen von bis zu 1,5 Milliarden Euro. Es sei nicht gelungen, für das Ziel einer Senkung des Plastikverbrauchs eine unbürokratische Lösung zu finden, sagte Unionsfraktionschef Thorsten Frei (CDU). Weiterhin offen ist die Stromsteuer. Die Union hält daran fest, die Steuer für alle auf das europäische Mindestniveau zu senken. Die Senkung um 1,95 Cent je Kilowattstunde würde mehr als 5 Milliarden Euro kosten. Dafür gibt es bisher aber keine Gegenfinanzierung. In den kommenden Wochen soll weiter nach einer Lösung gesucht werden. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) kritisierte, dass es bisher keine Einigung gibt. „In einer Zeit steigender Preise und zu hoher Lebenshaltungskosten als Sorge Nummer eins ist es keine gute Nachricht für die Menschen, dass die Stromsteuersenkung jetzt nicht kommt", sagte er. Ebenfalls offen sind mögliche Änderungen bei der Einkommensteuer. Die Union will weiterhin den Ausgleich für die Inflation. Die SPD ist nicht dagegen, fordert aber eine Gegenfinanzierung für die Anpassung des Tarifs, die mehrere Milliarden Euro kostet. Darüber soll weiter verhandelt werden. Unionsfraktionschef Frei brachte die Möglichkeit ins Spiel, eine erst im Lauf des kommenden Jahres vereinbarte Anpassung rückwirkend zum Jahresanfang in Kraft zu setzen.

■ **Rente:** Der Zuschuss des Bunds für die Rentenversicherung wird nicht nur um eine Milliarde Euro gekürzt, sondern um 3 Milliarden Euro. Zur Gegenfinanzierung werden die Abschläge für einen vorzeitigen Rentenbeginn erhöht: von 0,3 Prozent pro Monat auf 0,4 Prozent pro Monat.

■ **Sozialausgaben:** Für die sieben Millionen Empfänger der Grundsicherung gibt es bis Sommer 2028 eine weitere Nullrunde. Die Union hatte sogar eine Senkung der Regelsätze gefordert, was die SPD aber ablehnte. Der Kompromiss: In Zukunft soll es grundsätzlich möglich sein, die Sätze zu reduzieren, wenn die Lebenshaltungskosten sinken. Der „Kindersofortzuschlag" für armutsgefährdete Kinder und Jugendliche von 25 Euro im Monat wird doch nicht generell gestrichen, sondern nur bei Asylbewerbern. Das war eine Forderung der Sozialdemokraten. Bisher vorgesehen war, das Wohngeld im kommenden Jahr drastisch zu kürzen. Jeder dritte Wohngeldbezieher hätte dann keinen Anspruch mehr gehabt, mindestens 380.000 Haushalte wären betroffen gewesen. Auf die Kürzung wird auf Wunsch der SPD verzichtet. Es gibt allerdings auch keine Anpassung der Leistungen an die Inflation.

> In einer Zeit steigender Preise ist es keine gute Nachricht, dass die Stromsteuersenkung nicht kommt.
>
> **Boris Rhein (CDU),** Hessens Ministerpräsident

■ **Unterhaltsvorschuss:** Die verkürzte Zahlung des Unterhaltsvorschusses an Alleinerziehende ist vom Tisch. Die Leistung soll weiterhin bis zum 18. Geburtstag des Kinds fließen. Stattdessen wird es nach dem Vorschlag von Familienministerin Karin Prien (CDU) eine Einkommensgrenze geben: Alleinerziehende mit einem Kind, die mehr als 40.000 Euro im Jahr verdienen, können künftig nicht mehr damit rechnen, dass der Staat einspringt, wenn der andere Elternteil nicht zahlt.

■ **Elterngeld:** Es bleibt beim jüngsten Vorschlag Priens, die Bezugsdauer von 14 Monaten doch nicht um zwei Monate zu kürzen. Es wird aber eine andere Aufteilung der Zeiten geben: Auf beide Elternteile entfallen je vier Monate bei 80 Prozent des Nettolohns, die restlichen sechs Monate sind bei 50 Prozent des Nettolohns frei aufteilbar. Für den vollen Bezug müssen beide Eltern also jeweils statt zwei Monate künftig vier Monate Elternzeit nehmen.



Verkürzung des Unterhaltsvorschusses ist vom Tisch: Aber es gibt jetzt eine Einkommensgrenze. FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS/DPA

Aller Zeitung, 13. November 2026



VW-Krise dämpft Wohnungspreise in der Region

Fast überall in Norddeutschland sind die Preise von Bestandswohnungen angestiegen, das geht aus einer Analyse des Online-Portals Immowelt hervor (Foto. Daniel Karmann/dpa). Die Stadt Wolfsburg und seine Nachbarkreise, darunter auch der Landkreis Gifhorn, bilden dabei jedoch eine Ausnahme, hier sind die Preise meistens sogar gesunken. Schuld daran könnte wohl die anhaltende Situation bei Volkswagen sein.

» LANDKREIS

Isenhagener Kreisblatt, 13. November 2026

VW-Krise wirkt sich offenbar auf Wohnungspreise im Kreis Gifhorn aus

Fast überall im Norden wird es teurer – aber nicht rund um Wolfsburg

Gifhorn/Wolfsburg – Das Online-Portal Immowelt hat die Angebotspreise von Bestandswohnungen in 71 Städten und Landkreisen Norddeutschlands analysiert und dabei auch einen Blick auf die Entwicklung rund um den VW-Hauptsitz Wolfsburg geworfen. Die Erkenntnisse: Die Krise bei Volkswagen könnte zunehmend auch den Immobilienmarkt belasten. Während die Angebotspreise für Bestandswohnungen in weiten Teilen des Nordens innerhalb eines Jahres weiter gestiegen sind, lässt sich rund um die VW-Stadt eine auffällige Schwäche erkennen.

In Wolfsburg selbst haben sich die Wohnungspreise in den vergangenen 12 Monaten kaum verändert, in mehreren benachbarten Regionen sind sie derweil sogar gesunken. Insgesamt haben sich Eigentumswohnungen dagegen in 63 von 71 norddeutschen Städten und Landkreisen im Vorjahresvergleich verteuert.



Während die Wohnungspreise an vielen anderen Orten in Norddeutschland weiterhin Aufwärtstrend zeigen, weisen sie im Wolfsburger Umland zum Teil fallende Tendenz auf. OLIVER BERG/DPA

Bestandswohnungen in Wolfsburg haben sich innerhalb eines Jahres um 0,5 Prozent auf durchschnittlich 2.595 Euro pro Quadratmeter verteuert. Damit bleiben die Preise deutlich hinter der Entwicklung im übrigen Norden zurück. In manchen Nachbar-Landkreisen sind sie gesunken: im Landkreis Gifhorn um 1,3 Prozent, im Landkreis Peine um 1,0 Prozent und in der Stadt Braunschweig um 0,7 Prozent. Im Landkreis Wolfenbüttel beträgt der Rückgang 0,1 Prozent, im Kreis Helmstedt und in Salzgitter stiegen die Preise jeweils leicht um 0,2 Prozent. Im Durchschnitt der sieben Städte und Landkreise sind die Wohnungspreise damit um 0,3 Prozent gesunken.

Die VW-Krise ist eine naheliegende Erklärung für die auffällige Schwäche. Volkswagen plant den Abbau zehntausender Stellen. Die wirtschaftlichen Folgen reichen über Wolfsburg hinaus: Viele Menschen, die beim Konzern oder seinen Zulieferern arbeiten, wohnen im Umland. Allein aus dem Landkreis Gifhorn pendeln mehr als 26.000 Beschäftigte nach Wolfsburg, aus dem Kreis Helmstedt über 13.000. Sorgen um den Arbeitsplatz könnten dazu führen, dass Haushalte einen Immobilienkauf aufschieben und die Nachfrage sinkt.

An anderen norddeutschen VW-Standorten ist das Bild gemischt. In der Region Hannover, wo Volkswagen Nutzfahrzeuge produziert, haben sich Bestandswohnungen um 0,2 Prozent auf 3.164 Euro verteuert. In Emden (+6,2 Prozent) und Osnabrück (+6,1 Prozent) sind die Preise hingegen deutlich gestiegen. Im Landkreis Osnabrück beträgt das Plus sogar 7,1 Prozent. Die Krise prägt die lokalen Wohnungsmärkte bisher somit nicht überall gleichermaßen.

„Wer sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz macht, überlegt sich den Kauf einer Immobilie zweimal", sagt Immowelt-Geschäftsführer Theo Mseka. „Gerade in Regionen, die wirtschaftlich stark von Volkswagen und seinen Zulieferern abhängen, könnte die Unsicherheit die Nachfrage nach Wohneigentum dämpfen. Die auffällig schwache Preisentwicklung rund um Wolfsburg passt zu diesem Bild, auch wenn sich die Unsicherheit nicht an allen VW-Standorten gleichermaßen auf den Immobilienmarkt auszuwirken scheint."

Der teuerste Standort für Immobilienkäufer im Norden bleibt Hamburg: In der Hansestadt sind die Angebotspreise für Bestandswohnungen innerhalb eines Jahres um 2,5 Prozent auf durchschnittlich 6.010 Euro pro Quadratmeter gestiegen. In den sechs angrenzenden Landkreisen fiel das Plus mit durchschnittlich 3,9 Prozent noch größer aus. Vor allem der schleswig-holsteinische Kreis Stormarn sticht mit einem Anstieg von 6,6 Prozent hervor. Die stärksten Zuwächse gab es im Landkreis Göttingen (+9,1 Prozent). dpa/red

Isenhagener Kreisblatt, 13. November 2026

LSW: Strompreis stabil, Gas teurer

Gifhorn – Gute Nachrichten von der LSW: Die Strompreise in der Grundversorgung sowie in den Sonderprodukten im Landkreis Gifhorn bleiben zum 1. Januar 2027 stabil. Gestiegene Netznutzungsentgelte sowie höhere staatlich festgesetzte Steuern, Abgaben und Umlagen konnten durch gesunkene Beschaffungskosten kompensiert werden, wie das Unternehmen bekanntgab. Erdgaspreise in der Grundversorgung und in den Sonderprodukten von LSW und Gasversorgung im Landkreis Gifhorn GmbH (GLG) steigen hingegen.

Die Arbeitspreise für Gas steigen um brutto 0,95 Cent/kWh, gleichzeitig steigt der Grundpreis um brutto 6 Euro pro Jahr. Ausschlaggebend für die aktuelle Preisentwicklung sind deutlich erhöhte Beschaffungskosten sowie der Anstieg des CO_2-Preises nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz.

Isenhagener Kreisblatt, 13. November 2026

Überschuldung wächst in Niedersachsen

700.000 Menschen zwischen Harz und Nordsee sind betroffen – Bremen ist bundesweit Schlusslicht mit einer Quote von 15,89 Prozent

Von Christian Rothenberg

Neuss. Hunderttausende Menschen sind im Nordwesten überschuldet - und die Zahl steigt. Wie aus dem „Schuldneratlas" der Wirtschaftsauskunftei Creditreform hervorgeht, sind in Niedersachsen rund 700.000 Menschen ab 18 Jahren überschuldet - etwa 28.000 mehr als im Vorjahr. In Bremen stieg die Zahl der Fälle um rund 4000 auf ungefähr 90.000. Stichtag war der 1. Oktober.

Als überschuldet gilt, wer seine finanziellen Verpflichtungen langfristig nicht erfüllen kann. Bundesweit sind 7,36 Millionen Erwachsene betroffen - gut vier Prozent oder 293.000 Fälle mehr als ein Jahr zuvor.

Wegen einer neuen Berechnungsmethode sind die aktuellen Fallzahlen nach Angaben von Creditreform nicht direkt mit früheren Daten vergleichbar. Die Werte für 2025 wurden mithilfe eines mathematisch-statistischen Verfahrens rückwirkend neu berechnet. Dadurch ist ein Vergleich möglich.

Trotz der Nähe unterscheidet sich die Lage im Nordwesten deutlich: In Bremen sind 15,89 Prozent der Erwachsenen überschuldet. Damit trägt der Stadtstaat im Bundesländervergleich die rote Laterne. Niedersachsen landet im Mittelfeld auf dem siebten Platz. Die Überschuldungsquote zwischen Harz und Nordsee, also der Anteil überschuldeter Personen im Verhältnis zu allen Erwachsenen, lag bei 10,59 Prozent und damit in etwa so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die geringste Überschuldungsquote weist die Erhebung für Baden-Württemberg (8,73 Prozent) und Bayern (7,58 Prozent) aus.

Innerhalb Bremens fällt insbesondere Bremerhaven auf. Dort sind 23,67 Prozent der Erwachsenen überschuldet. Im Ranking der Kreise und kreisfreien Städte schnitt die Hafenstadt damit bundesweit am zweitschlechtesten ab. Höher war die Überschuldung nur in Gelsenkirchen (25,43 Prozent).



Beim Heizen ist Konstanz gefragt. FOTO:OBS

> Arbeitslosigkeit ist wieder ein Thema.
>
> **Patrik-Ludwig Hantzsch,** Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform

In Niedersachsen zeigt die Erhebung ein deutliches Gefälle. Mit 19,55 Prozent weist Wilhelmshaven die höchste Überschuldungsquote auf. Es folgen Emden (16,34 Prozent) und Delmenhorst (15,97 Prozent). Am wenigsten Erwachsene sind in den Landkreisen Osterholz (7,69 Prozent) und Ammerland (7,71 Prozent) verschuldet. In der Region Hannover liegt die Quote bei 11,41 Prozent. Einen eigenen Wert für die Landeshauptstadt weist Creditreform nicht aus. „Die finanzielle Lage der privaten Verbraucher hat sich weiter verschlechtert", erklärte der Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform, Patrik-Ludwig Hantzsch. „Insbesondere die stark gestiegenen Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten belasten die Ausgabenseite." Gleichzeitig trübe sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt ein. „Arbeitslosigkeit ist wieder ein Thema. Vor allem gut bezahlte Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe wurden in den vergangenen Monaten in großer Zahl abgebaut."

Für seinen „Schuldneratlas" wertet Creditreform anonymisierte Daten anhand amtlicher Register von Online-Händlern und weiteren Quellen aus. Unterschieden werden „weiche" vorgerichtliche Überschuldungsmerkmale wie Mahn- und Inkassoverfahren, „mittlere" wie Pfändungen oder Vollstreckungen sowie „harte" wie Privatinsolvenzen.

Eine einzelne Mahnung führt nicht automatisch dazu, dass ein Verbraucher als überschuldet eingestuft wird.

Aller Zeitung, 13. November 2026

LSW: Gas wird 2027 teurer

Höhere Beschaffungskosten sorgen für Preisanstieg

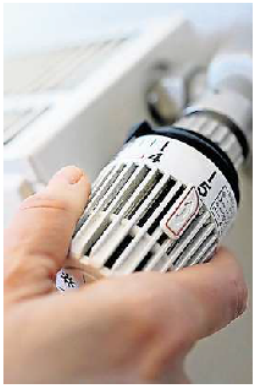
Von Dennis Klüting

Gifhorn. Heizen wird teurer: Die LSW Energie hebt die Gaspreise ab 1. Januar 2027 an. Bei einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden hätten Kundinnen und Kunden insgesamt eine monatliche Mehrbelastung von brutto rund 16,30 Euro im Vergleich zum Vorjahr, teilt die LSW mit.

Die Arbeitspreise steigen in der Grundversorgung (LSW-/GLG Kompaktgas) und in den Sonderprodukten um brutto 0,95 Cent pro Kilowattstunde, gleichzeitig steigt der Grundpreis um brutto 6 Euro pro Jahr.

„Die Preise bilden sich in Abhängigkeit von den Beschaffungskosten, Steuern, Abgaben und Netzentgelten", erklärt LSW-Sprecherin Birgit Wiechert. „Ausschlaggebend für die aktuelle Preisentwicklung sind deutlich erhöhte Beschaffungskosten sowie der Anstieg des CO_2-Preises nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz."

Anders sieht es bei den Strompreisen aus: Diese bleiben in der Grundversorgung und allen Sonderprodukten für Haushaltsstrom konstant. „Gestiegene Netznutzungsentgelte sowie höhere staatlich festgesetzte Steuern, Abgaben und Umlagen konnten durch gesunkene Beschaffungskosten kompensiert werden", begründet Wiechert. Alle Kundinnen und Kunden werden persönlich über die Änderungen informiert.



Heizen wird teurer: Die LSW hebt die Gaspreise 2027 an.

FOTO: MARCUS BRANDT/DPA

Aller Zeitung, 13. November 2026